

Auswertung des Wahlprogramms der FDP zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 06.09.26

„Freiheit hat nur eine Heimat.“

1. Bildungspolitische Vorhaben

• Aussagen zu Schulen in freier Trägerschaft:

„Wir fordern:

- Einführung eines landeseinheitlichen Schülerkostensatzes je Schulform, der gleichermaßen für alle öffentlichen und freien Schulen in Sachsen-Anhalt gilt – damit gute Bildung keine Frage der Schulträgerschaft oder des Elternbeitrags ist. ...*
- Freie Schulen werden beim Kostensatz gleichbehandelt und in die Ressourcenzuweisung einbezogen. So sichern wir: Fördern, Eigenverantwortung und Trägerfreiheit werden gestärkt, statt Benachteiligung.“*
- Weitere Aussagen zur Finanzierung der staatlichen und freien Schulen:**
 - gute Schulen sind in erster Linie eine Investition in Talente, Chancengerechtigkeit und Zukunft und erst in zweiter Linie eine Kostenfrage
 - der einheitliche Schülerkostensatz je Schulform soll sich an richtwertbasierten Vorgaben orientieren: Abdeckung des tatsächlichen **Aufwands für Grundversorgung, Betreuung und Förderung** der Schülerinnen und Schüler – **unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten (z.B. ländl. Raum, Schulgröße, Sozialindex)**
 - Kostenersatz soll jährlich transparent ausgewiesen und angepasst werden, Ziel ist Planungssicherheit für Schulen, Schulträger + Eltern
 - Einführung eines **Monitoring-Systems**, das **jährlich überprüft**, inwieweit der Schülerkostensatz Wirkung zeigt (z.B. bei Ausstattung, Personal, Zusatzangeboten, sozialen Mix) analog zu den in Brandenburg und Sachsen formulierten Konzepten zur Qualifizierung
 - Entscheidungen zur Personalbeschaffung und zum Lehrkräfteeinsatz sollen von den Schulleitungen der staatlichen Schulen vor Ort getroffen werden
 - **das Landesschulamt soll zur Unterstützung in eine Personalserviceagentur umgewandelt werden**

- **Sonstige bildungspolitische Vorhaben:**

- Stärkung der digitalen Bildung durch eine moderne Infrastruktur, einheitliche datenschutzkonforme Lernplattformen und einer professionellen IT-Betreuung → Erhalt der Digitalassistenten, die künftig auch zusätzlich für Schülerinnen und Schüler Angebote unterbreiten soll
- mehr Freiräume für Schulen, damit diese neue Formate wie z.B. Hybridunterricht oder KI-gestützte Lernwerkzeuge erproben können
- FDP will datengestützte Systemsteuerung und Qualitätsentwicklung in Schulen und in der frühkindlichen Bildung systematisch auf- und ausbauen, dafür soll
 - eine moderne datenschutzkonforme Dateninfrastruktur mit nutzerfreundlichen und adressatengerechten Dashboardstrukturen und Feedbacksystemen aufgebaut werden
 - offene Schnittstellen und interoperable Systeme geschaffen werden
 - Data Literacy in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften, Schulleitungen + Fachkräften in der frühkindlichen Bildung verbindlich verankert werden
- hierdurch sollen Lern- und Entwicklungsstände sowie Förderbedarfe frühzeitig erkannt und in ein konkretes Handeln übersetzt werden (von der individuellen Förderung bis hin zu einer effizienten Ressourcensteuerung)
- Umgang mit digitalen Medien + Smartphonennutzung soll an den Schulen vor Ort entschieden werden; Angebote der Medienbildung sollen stetig ausgebaut werden
- der Leistungskurs Geschichte soll in der Oberstufe wieder eingeführt werden
- MINT-Bildung soll gestärkt werden, die Verankerung in der Stundentafel sowie in der Unterrichtsversorgung soll gewährleistet werden; Organisation einer Imagekampagne für derartige Lehramtsstudiengänge + Sicherung von Weiterbildung und Qualifizierung entsprechender Seiteneinsteigenden
- Stärkung des Netzes außerschulischer Lernorte + Sicherung eines niederschweligen Zugangs zu den entsprechenden Angeboten über eine digitale Angebotsplattform + Schaffung von „Räumen für Macher“, in denen Jugendliche Technik, Kreativität und Unternehmergeist praktisch erlernen können
- an weiterführenden Schulen sollen Profilklassen mit dem Schwerpunkt „Künstliche Intelligenz“ geschaffen werden (inkl. Datenanalyse, Algorithmik und Softwareentwicklung)
- Lehrkräfte sollen entlastet, unterrichtsfremde Aufgaben auf mehr Schultern verteilt werden (z.B. Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, Verwaltungsassistenten, professionelle IT-Unterstützung); Schluss mit Dokumentationspflichten, die pädagogisch nichts bringen → Stattdessen: datengestützte, aber zugleich

auch datensparsame Qualitätsentwicklung für individuelle Förderung jedes Kindes

- über PPP-Modelle sollen dringend benötigte Investitionen in moderne Lernorte getätigt werden, insbesondere dann, wenn Planung, Bau, Ausstattung und Betrieb von Bildungsinfrastruktur gemeinsam mit privaten Partnern effizienter, innovativer und terminsicher realisiert werden können → gerade auch im ländlichen Raum
- das Land soll die Kommunen bei der Umsetzung von PPP-Projekten unterstützen, u.a. mit einer Anlaufstelle im Bildungsministerium
- auch in Zukunft sollen Unterstützungskräfte eingestellt werden, damit Lehrkräfte und Erzieher entlastet werden
- die Lehramtsausbildung soll neu ausgerichtet werden durch
 - ein verbindliches 1,5jähriges Qualifizierungsprogramm für Seiteneinsteigende (inkl. begleitender Fortbildungen und individuellem Mentoring); Hochschulen sollen ergänzend praxisnahe berufsbegleitende Angebote schaffen
 - Praxiseinsätze im Lehramtsstudium (z.B. durch Praxissemester oder als Vertretungslehrkraft) → diese Einsätze sollen auf das Referendariat angerechnet werden können
 - Erweiterung des Zugangs zum Lehrkräftestudium: Zugang zum grundständigen Lehramtsstudium auch schon bei Fachhochschulreife oder für Erzieher
 - Etablierung eines Systems des Talent-Scoutings in Vereinen und der Jugendarbeit
- gute Bildung braucht erreichbare Schulen: Schulnetzwerke statt Schließungslogik – mehrere Standorte können organisatorisch zusammengeführt werden
- die duale Ausbildung an berufsbildenden Schulen muss modern gestaltet werden durch digitalen Unterricht, IT- und Medienkompetenz in den Ausbildungsgängen und eine Berufsorientierung
- Fortführung der bewährten Praktikumsprämien (u.a. im Handwerk)
- ab der 5. Klasse soll die Vorbereitung auf das eigenständige Erwerbsleben beginnen → Schüler sollen früher, strukturierter und umfassender lernen, welche Berufsoptionen für sie offenstehen
- ab der Klasse 7 regelmäßige Unternehmensbesuche und Praktika – in didaktisch aufbereiteten Formaten sollen die Schüler aller weiterführenden Schulen selektiv ausgewählte Unternehmensprozesse kennenlernen
- Unternehmer sollen regelmäßig in Schulen gebracht werden und dort auch lehren (z.B. zum Umgang mit Hindernissen sowie unternehmerischen Handeln)

2. Arbeitsförderung, Integration und Bürokratieabbau

- Mittel der Kinder- und Jugendhilfe des Landes sollen entsprechend der Entwicklung des Verbraucherpreisindex erhöht werden
- langfristig wird Einführung eines Jugendparlaments angestrebt, welches echte Mitbestimmung auch auf Landesebene sicherstellt
- stärkere Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen, damit ältere Arbeitnehmer entsprechend ihren individuellen Wünschen und Fähigkeiten am Erwerbsleben teilhaben können
- Befürwortung der „Aktivrente“, hier aber Gleichbehandlung von Selbstständigen und Freiberuflern
- die digitale Teilhabe für ältere Menschen soll durch Schulungsangebote verbessert werden, Nachbarschaftshilfen und Bereitstellung von Räumlichkeiten für bürgerschaftliches Engagement sollen verstärkt werden
- Sozialleistungen sollten Menschen nicht dauerhaft versorgen, sondern nach dem Prinzip des „Förderns und Forderns“ befähigen, schnellstmöglich in den Arbeitsmarkt zurückzukehren
- wer staatliche Hilfe in Anspruch nimmt, muss seinen Mitwirkungspflichten nachkommen
- Einführung gemeinnütziger Arbeitspflichten als Brücke in den regulären Arbeitsmarkt (Auflegung eines Landesprogramms)
- Bundesratsinitiative zur Senkung der Einkommenssteuer, jede Überstunde soll steuerfrei gestellt werden
- Langzeitarbeitslose sollen zur Bürgerarbeit verpflichtet werden - Auflegung eines landesweiten Programms für Arbeitsgelegenheiten
- über Jugendarbeit und in der Schule soll Diskriminierung entgegengewirkt und mit Aufklärung für Akzeptanz geworben werden
- inklusive Werkstätten für Menschen mit Behinderungen sollen gestärkt werden; Abschlüsse sollten besser anerkannt werden
- der neu verhandelte Landesrahmenvertrag soll eng begleitet werden, ggf. müssen Nachverhandlungen erfolgen
- im Rahmen der Entbürokratisierung soll das Tariftreue- und Vergabegesetz wieder abgeschafft werden
- Test einer „Sonderwirtschaftszone“: hier sollen für Neuansiedlungen sämtliche Genehmigungsverfahren in einer Behörde gebündelt und innerhalb einer bestimmten Frist abgeschlossen werden; Steuern sollen hier auf das vorgeschriebene Mindestmaß abgesenkt werden und zahlreiche Berichtspflichten entfallen

- Sonderwirtschaftszonen könnten z.B. am Chemiestandort Leuna oder auf dem Gelände, das für die Intel-Ansiedlung vorgesehen war, entstehen
- generell sollen Berichtspflichten vereinfacht oder abgeschafft, Genehmigungsverfahren verbindlich beschleunigt und überflüssige Regulierungen gestrichen werden
- angestrebt ist die vollständige Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten
- Standorte sollen wieder konkurrenzfähig gemacht werden, indem europäische Mindeststandards nicht durch zusätzliche Regelungen weiter verschärft werden
- für neue Verpflichtungen soll das „one-in-two-out“ Prinzip gelten
- über eine digitale One-Stop-Agency sollen Gründerinnen und Gründer aktiv begleitet und Verfahren gebündelt werden (auch in englischer Sprache)
- **die FDP steht für eine pragmatische Migrationspolitik, die Chancen nutzt und zugleich Kontrollen wahrt**
- wir benötigen eine reguläre und kontrollierte Einwanderung in den Arbeitsmarkt → Zuwanderern, die sich gut einbringen und die unsere Art zu leben achten, soll ein unbürokratischer Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert werden (Bsp. keine notwendige Absolvierung „überzogener Sprachprüfungen“); ausländische Qualifikationen sollen schneller anerkannt werden
- Zuwanderung in überlastete Sozialsysteme soll dagegen unterbunden werden

3. Ausbildungen in Gesundheits- und Sozialberufen

- das junge Berufsbild des „Physician Assistent“ soll zu einem festen Baustein der ambulanten Versorgung besonders im ländlichen Raum gemacht werden
- für ausländische Ärzte fordert die FDP die Abschaffung der bisherigen Gleichwertigkeits- und Kenntnisprüfungen, dafür sollen die in Deutschland notwendigen Examina von diesen abgelegt werden
- es soll ein landesweites Kompetenzzentrum „KI in Medizin & Biowissenschaften Sachsen-Anhalt (KIMBIO-SA)“ geschaffen werden
- der Pflegeberuf soll spürbar attraktiver gemacht werden (u.a. durch flexiblere Arbeitszeitmodelle sowie Schichtzuschläge auf Stundenlohnbasis)
- die Pflegeausbildung soll praxisnah und durchlässig reformiert werden; die generalistische Pflegeausbildung soll evaluiert und gemeinsam mit der „Pflegehilfeausbildung“ angepasst werden, um Abbruchquoten zu senken
- ermöglicht werden soll hier auch eine stärkere Ausdifferenzierung, z.B. durch Eignungsprüfungen und Empfehlungen der Pflegeschulen, damit Talente ge-

zielt gefördert werden können; gefördert werden sollen auch umfassende Weiterbildungs- und Spezialisierungsangebote

- der Staat soll erhobene Daten nicht mehr mehrfach abfragen können
- alle untergesetzlichen Regelungen, die älter als 10 Jahre sind, sollen Ende 2027 außer Kraft treten